

Kurzbericht

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

(57. - öffentliche - Sitzung am 11. Juni 2025)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung und zur Änderung des Niedersächsischen Ingenieurgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/6816](#)

dazu gemäß § 31 Abs. 1 Satz 2 GO LT:

Weiterentwicklung der Niedersächsischen Bauordnung und des Bundesrechts zur Förderung nachhaltigen Bauens und moderner Standards

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/6818](#)

dazu: Eingabe 00941/06/19

Vorlage 12 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes

Der Ausschuss schließt sich zu dem Gesetzentwurf in der Drucksache 19/6816 ohne Aussprache dem Ergebnis der bisherigen Beratungen durch den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung, wie es sich aus der Vorlage 12 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes ergibt, an.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

Zu dem Antrag in der Drucksache 19/6818 bittet er darum, dem Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zuzuleiten.

2 a) **Energiewende beschleunigen und Flächenbedarf verringern: Agri-Photovoltaik in Niedersachsen fördern!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/1233](#)

b) **Agri-Photovoltaik in Niedersachsen voranbringen - Chancen für die Landwirtschaft nutzen!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/6542](#)

Zu a) Die Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion ziehen ihren Änderungsvorschlag in der Vorlage 7 zurück.

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum des Landtages, den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 19/1233 -auch in der Fassung des als Vorlage 8 verteilten Änderungsvorschlages - abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU
Enthaltung: AfD

Zu b) Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum des Landtages, den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/6542 unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE
Ablehnung: -
Enthaltung: CDU, AfD

3. a) **Entbürokratisierung der Landwirtschaft: Regelungen vereinfachen, praxisnäher ausgestalten und technisch besser unterstützen**
 Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3984](#)

- b) **Bürokratieabbau in der Landwirtschaft weiter vorantreiben**
 Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/6901](#)

Zu a) Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum des Landtages, den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 19/3984 - auch in der Fassung der Vorlage 5 - abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE
Ablehnung: CDU, AfD
Enthaltung: -

Zu b) Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum des Landtages, den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/6901 unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE
Ablehnung: -
Enthaltung: CDU, AfD

4. **Gemeinschaftsverpflegung in Kitas, Schulen, Senioreneinrichtungen und Kantinen stärken - DGE-Standards verbindlich umsetzen**
 Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/5661](#)

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum des Landtages, den Antrag in der Fassung der Vorlage 7 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE
Ablehnung: CDU, AfD
Enthaltung: -

5. **Für Artenschutz und Biodiversität: Einführung eines „Bodenbrüterbonus“ zur Intensivierung des Prädatorenmanagements**
 Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/7190](#)

Der Ausschuss bittet die Landesregierung einvernehmlich um eine mündliche Unterrichtung zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Er bittet die Landesregierung, der Landtagsverwaltung Nachricht zu geben, wann die Unterrichtung möglich sein wird.

6. **Vielfalt säen, Sorten sichern - regionale Saatgutzucht stärken**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/7198](#)

Der Ausschuss bittet die Landesregierung einvernehmlich um eine mündliche Unterrichtung zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Er bittet die Landesregierung, der Landtagsverwaltung Nachricht zu geben, wann die Unterrichtung möglich sein wird.

7. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Empfehlungen der „Zukunftskommission Fischerei (ZKF)“**

Der Ausschuss bittet die Landesregierung einvernehmlich um eine mündliche Unterrichtung zu den Empfehlungen der „Zukunftskommission Fischerei (ZKF)“.

8. **Terminangelegenheiten**

Parlamentarische Informationsreise nach Brüssel

Der Unterausschuss „Verbraucherschutz“ hatte sich in seiner 28. Sitzung am 7. Mai 2025 darauf verständigt, in der Zeit vom 3. bis 5. November 2025 eine Parlamentarische Informationsreise nach Brüssel durchzuführen.

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich der Parlamentarischen Informationsreise des Unterausschusses „Verbraucherschutz“ anzuschließen.